

Was uns zusteht!

Sehr geehrte Frau Kollegin,
sehr geehrter Herr Kollege,

Ulla Schmidt ist Geschichte. Deutschland wird künftig von einer schwarz-gelben Koalition regiert. Der Wähler hat es der SPD erspart, sich von Schmidt zu trennen. Wer weiß, ob ihre Tage bei einem anderen Wahlausgang wirklich gezählt gewesen wären. Schließlich hatte SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier nicht das Rückgrat, sich auf dem Höhepunkt von Schmidts Dienstwagenaffäre von ihr loszusagen. Vielleicht hat auch diese Entscheidungsschwäche zum verheerenden Ergebnis der SPD beigetragen. Führung sieht anders aus! Ein Satz Ulla Schmidts hat sich mir besonders eingeprägt: „Das steht mir zu!“ Diese lapidare Begründung für ihr Fehlverhalten offenbarte ein Denken, das einer sozialdemokratischen Politikerin eigentlich unwürdig ist. Er zeugt von einer Abzockermentalität nach dem Motto „mitnehmen was geht“. So denken und handeln All-Inclusive-Urlauber, die sich am Buffet die Taschen vollstopfen und die Bar leer trinken. So rechtfertigten Pleitebanker und andere Nieten in Nadelstreifen ihre Millionenboni. Und so sehen einige Versicherte noch immer die gesetzliche Krankenversicherung (GKV): als Selbstbedienungsladen, aus dem man so viel wie möglich für sich herausholt.

Doch was stünde uns Zahnärzten eigentlich alles zu? Kennen Sie einen Berufsstand, der seit über 20 Jahren auf eine Erhöhung oder zumindest einen Inflationsausgleich seiner Vergütung wartet? Kennen Sie jemanden, der wegen Budgetüberschreitungen gegebenenfalls Honorarkürzungen bis zu zwei Dritteln des vereinbarten Betrages hinnehmen muss und am Anfang eines Quartals nicht weiß, wie viel am Ende herauskommt? Kennen Sie jemanden, der durch Depression für den eigenen Erfolg bestraft wird?

Ulla Schmidt war die dienstälteste Gesundheitsministerin Europas. Sie hat all diese Missstände mit zu verantworten – gedeckt durch die Bundeskanzlerin und die Koalitionserhaltungsmentalität der CSU. Sie alle haben sich nicht dafür interessiert, was anderen zusteht.



Dr. Janusz Rat
Vorsitzender des Vorstandes
der KZVB

Zweifellos haben Ärzte und Zahnärzte einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet, dass trotz einer Zersplitterung der Parteienlandschaft eine bürgerliche Mehrheit zustande gekommen ist. Die jahrelange Gängelung durch ein SPD-geführtes Bundesgesundheitsministerium, die Beschneidung der Selbstverwaltung, eine überbordende Bürokratie, die elektronische Gesundheitskarte, die Einschränkung der Therapiefreiheit – all das hat zu einer enormen Frustration bei dieser wichtigen Berufsgruppe geführt. Wahlen lösen eigenartigerweise eine Reaktion aus, die sich oft in einer Hypomnesie manifestiert. Jetzt gilt es diese Hypomnesie zu verhindern und die Parteien beim Wort zu nehmen, insbesondere die FDP. Es gilt nun einen durchsetzungsstarken Gesundheitsminister zu finden, der nicht nur gegen die Bundeskanzlerin bei der Abschaffung des Gesundheitsfonds, sondern auch noch gegen das SPD-geprägte Gesundheitsministerium bestehen können muss. Dann bestünde die Chance, aus einem sozialistischen wieder ein soziales Gesundheitssystem zu machen.

Ihr
Dr. Janusz Rat